

Evangelische Verantwortung

„Den Frieden sichern – Aufgaben der Bundeswehr heute und morgen“

Volker Rühle

50 Jahre nach Kriegsende mahnen uns die Gedenktage an die Lehren der Geschichte: Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen. Aggressoren dürfen keinen Erfolg haben. Nie wieder darf extremistische Verblendung Einfluß auf die Politik gewinnen. Das Recht des Stärkeren muß durch die Stärke des Rechts ersetzt werden.

Oberste Maxime und Maßstab jeder Politik ist Frieden in Freiheit. Er entsteht, wenn die Würde des Menschen genutzt ist, Recht und Gerechtigkeit herrschen, Toleranz und praktische Solidarität geübt und die Natur als Schöpfung bewahrt werden. Den Frieden in Freiheit zu sichern, ist und bleibt die zentrale Aufgabe der Bundeswehr – heute und morgen. Gemeinsam mit den alliierten Streitkräften hat die Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg die längste Friedensperiode in unserer Geschichte gesichert. Gleichwohl war unser sicherheitspolitisches Denken fast ausschließlich auf die Abschreckung einer klaren, aber doch eindimensionalen Bedrohung aus dem Osten gerichtet. Heute hat sich die internationale Lage fundamental geändert. Deutschlands Sicherheit hat sich unvergleichlich verbessert. Wir sind nun von Freunden und Partnern umgeben; eine existentielle militärische Bedrohung gibt es heute nicht mehr. Die Chancen, ein ei-

niges, friedliches Europa zu bauen, sind so groß wie noch nie in der Geschichte. Heute ist die Europäische Union ein Stabilitätsraum, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die **Integration Europas** ist der erfolgreichste Versuch, jahrhundertlang rivalisierenden Nationen Frieden zu stiften.

Europa ist aber keine Insel des Friedens in einer krisengeschüttelten Welt. Die neuen Risiken haben eine enorme Komplexität und Dynamik. Der Krieg in Bosnien, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, ist ein besonders erschütterndes Beispiel für die Gefahren, die von regionalen Konflikten ausgehen, für die Schwierigkeiten, einmal enthemmte Gewalt zu bändigen und politische Lösungen für eine allseits akzeptierte Friedensordnung zu finden und durchzusetzen. Dieser und andere Konfliktherde in Europa und in der Welt machen uns aber auch unsere Verantwortung bewußt. Außen- und Sicherheitspolitik muß Krisen und Konflikten vorbeugen oder am Ort ihres Entstehens eindämmen, bevor sie gewaltsam eskalieren. Die grenzenüberschreitenden Gefahren Kriminalität, Flüchtlingsbewegungen, Waffenschmuggel, Terror zeigen: Frieden und Sicherheit schafft kein Staat mehr allein. Europa muß weiterentwickelt werden zu einer echten politischen Union. Zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gibt es keine Alternative.

Junge Demokratie
im Osten festigen

Was wir im Westen an Stabilität gewonnen haben, muß bewahrt und entwickelt, aber auch mit unseren östlichen Nachbarn geteilt werden. Sie prägen ebenso wie Frankreich, Italien und wir den mitteleuropäischen Kulturraum und wollen zu Recht ein für allemal zur Familie der westlichen Demokratien gehören. Es ist unsere historisch-moralische Pflicht ebenso wie unser eigenes Interesse, ihnen den Weg in die Nordat-

Inhalt

- 3 Zivildienst – ein Beitrag zum sozialen Frieden**
- 5 „Täter des Friedens sein“**
- 9 Ordnungen, die den Menschen dienen**
- 12 Büchermarkt**
- 12 Leserbrief**
- 13 Aus unserer Arbeit**

lantische Allianz und Europäische Union zu ebnet. Wir wollen die jungen Demokratien im Osten festigen und stärken; wir wollen dem freien Willen der Völker, einem Bündnis souveräner Nationen beizutreten, gerecht werden. Wir wollen gleichzeitig eine umfassende Partnerschaft zu Rußland entwickeln. Frieden und Stabilität in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Rußland. Ein friedliches und reformorientiertes Rußland ist entscheidend für die europäische Sicherheit. Ein Partner für den Frieden kann Rußland aber nur sein, wenn es unwiderruflich auf Gewaltaktionen gegenüber anderen Republiken verzichtet und den Krieg in Tschetschenien beendet.

Und schließlich müssen die Europäer die Bindung zu Amerika auf eine neue Grundlage zu stellen - politisch, wirtschaftlich und in Fragen der Sicherheit. Seit 50 Jahren gibt die amerikanische Präsenz den Europäern Rückhalt und Stabilität. Nur die beiden großen Zonen von Demokratie und Wohlstand zusammen sind in der Lage, die vielfältigen Herausforderungen im Osten und Süden zu meistern. Europa muß mehr Verantwortung übernehmen und gleichberechtigter Partner sein.

Aufgaben der Bundeswehr

Im Zentrum Europas trägt Deutschland maßgeblich Verantwortung für die Stabilität des Kontinents. Gemeinsame Sicherheit, partnerschaftliche Kooperation, kollektive Krisenbewältigung und Stabilitätstransfer sind grundlegende sicherheitspolitische Interessen unseres Landes - in der Europäischen Union, der Nordatlantischen Allianz, in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in den Vereinten Nationen.

Die Bundeswehr ist ein Instrument dieser Politik von vielen. Der Schutz Deutschlands und seiner Bürger und der freiheitlichen Rechtsordnung ist der sittliche Gehalt militärischer Verteidigung und des Auftrags der Bundeswehr. Sicherheitsvorsorge beschränkt sich aber nicht allein auf direkte Landesverteidigung. Neben ihrem originären Verteidigungsauftrag haben Streitkräfte weitere Funktionen. Militärische Gewalt allein kann zwar keinen dauerhaften Frieden schaffen; wenn aber die politischen Mittel erschöpft sind, können Streitkräfte den Ausbruch rechtswidriger Gewalt und Aggression verhindern, wenigstens

sen, im Bewußtsein unserer Verantwortung abgewogen, im Lichte unserer Möglichkeiten und mit Blick auf die Risiken und die möglichen Folgen entschieden. Wir müssen aber grundsätzlich wie alle anderen Verbündeten zu unseren Pflichten stehen. Wir können und müssen heute die Solidarität zurückgeben, die wir von unseren Partnern und Freunden jahrzehntelang erhalten haben.

Die Bundeswehr bewährt sich seit langem in internationalen Friedensmissionen. Die Transportflieger der Luftwaffe haben mit Hilfsflügen für Sarajewo und den nächtlichen Versorgungsflügen Tag für Tag hunderten notleidenden Menschen geholfen. Schiffe und Flugzeuge unserer Marine in der Adria, die Heeresflieger und Transportflieger der Luftwaffe im Irak, die Militärbeobachter und Sanitätssoldaten in Georgien - sie alle unterstützen die Vereinten Nationen darin, die Chancen für den Frieden in der Welt zu verbessern und vor allem den Menschen zu helfen.

Die Bundeswehr wird jetzt weiter auf ihre künftigen Aufgaben vorbereitet. Noch immer ist sie auf den heute gottlob unwahrscheinlichsten Fall, die große Aggression, am besten, auf die wahrscheinlichsten Aufgaben der internationalen Krisenvorsorge aber am wenigsten gut vorbereitet. Die Bundeswehr, die jetzt entsteht, erhält ein neues Gesicht. Die veränderte internationale Lage - mehr Sicherheit für unser Land, aber auch mehr Instabilität um uns herum - ist die Grundlage für ihren Auftrag und ihre Strukturen. Der größere Teil wird aus mobilmachungsabhängigen Hauptverteidigungskräften bestehen, ergänzt durch zahlenmäßig begrenzte, ständig verfügbare und schnell einsetzbare Krisenreaktionskräfte.

Die Bundeswehr bleibt Wehrpflichtarmee. Die Allgemeine Wehrpflicht verankert die Streitkräfte in Staat und Gesellschaft. Frieden, Freiheit und Landesverteidigung sind Angelegenheit jedes Bürgers. Acht Millionen Männer und Frauen haben in den 40 Jahren ihres Bestehens in unserer Bundeswehr gedient. Inzwischen haben auch knapp 200.000 junge Männer aus den neuen Bundesländern Dienst geleistet. Die Bundes-



Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945

Ziele und Grundsätze

Artikel 1

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

eindämmen und den Weg zu politischen Lösungen offenhalten. Das heißt nicht, daß die Bundeswehr an jeden Krisenort dieser Erde geschickt würde. Jeder Einzelfall wird an unseren Grundwerten und unseren Interessen gemessen

Wehr trägt Tag für Tag zur Festigung der inneren Einheit Deutschlands bei. Sie hat Menschen zusammengeführt, die einmal Gegner waren und heute dem gleichen Ziel dienen. Die Armee der Einheit ist eine Gemeinschaftsleistung ohne Beispiel in der deutschen Militärgeschichte, die zu Recht im In- und Ausland hoch gewürdigt wird. Sie prägt auch die künftigen Strukturen der Bundeswehr. Erstmals werden Verbände aus Ost und West unter einem Kommando zusammengefaßt; geführt wird vom Osten aus. Krisenreaktions- und Hauptverteidigungskräfte wird es in ganz Deutschland geben.

Brücken der Verständigung

Die Bundeswehr nimmt aktiv teil an der wachsenden Kooperation in Europa. Sie vertieft die Integration mit den Bündnis-

streitkräften in multinationalen Verbänden. Solche Strukturen machen zugleich für alle deutlich, daß Deutschland militärisch nicht allein handeln wird. In Kürze wird das Deutsch-Niederländische Korps in Münster in Dienst gestellt, das die Reihe der multinationalen Korps - vom Eurokorps bis zu den beiden Deutsch-Amerikanischen Korps - ergänzt. Die Niederländer werden dann alle ihre aktiven Heeresverbände von Deutschland aus führen. Das zeigt, wieviel Vertrauen unser Nachbar in die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr setzt. Die Integration im Westen wird ergänzt durch weitgefächerte praktische Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn. Allein mit Polen haben wir ein Kooperationsprogramm mit

über 80 gemeinsamen Vorhaben. Ähnlich intensiv ist die Zusammenarbeit mit der tschechischen Armee.

50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist das von besonderer Symbolik-



raft und Reichweite. Die Zusammenarbeit der Soldaten wächst zum tragenden Pfeiler für die Brücken der Verständigung zwischen den Völkern. ■

Anm.:

Volker Rühe ist Bundesminister der Verteidigung

Zivildienst - ein Beitrag zum sozialen Frieden

Dieter Hackler

Vom Ersatzdienst zum Zivildienst

Als 1961 die ersten 340 Kriegsdienstverweigerer den damals 12 Monate dauernden Ersatzdienst antraten, ahnte wohl keiner zu welchem gesellschaftspolitisch bedeutsamen Faktor sich dieser Ersatzdienst in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln könnte. 1995 werden voraussichtlich 124.000 junge Männer im Jahresdurchschnitt ihren Zivildienst ableisten. Überwiegend findet dieser Zivildienst im sozialen Bereich statt und ist Dienst am Menschen. Über 50 % der Zivildienstleistenden absolvieren ihren Dienst in stationären Einrichtungen im Bereich von Pflege und Betreuung. Gut 10 % der Zivildienstleistenden arbeiten im Mobilen Sozialen Hilfsdienst, 15 % in Behindertenwerk-

stätten, 8 % im Rettungsdienst und 5 % im Umwelt- und Naturschutz. 5 % der Zivildienstleistenden arbeiten in der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung. Noch nie zuvor haben so viele junge Männer in sozialen Einrichtungen Erfahrungen für ihr persönliches Leben gesammelt wie in den vergangenen drei Jahren, in denen immer über 100.000 Zivildienstleistende im Dienst gewesen sind. Aber sie sammeln nicht nur Erfahrungen, sondern entlasten das oft überlastete hauptamtliche Fachpersonal.

Die hohen Zahlen der Zivildienstleistenden stehen für einen gewaltigen Wandel in den fast 35 Jahren des Zivildienstes. Natürlich waren es Anfang der 60iger Jahre ausschließlich kirchlich - pazifistisch geprägte junge Männer, die sich auf das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen beriefen, das die Väter unserer Verfassung von Anfang an im Grundge-

setz verankert haben. Mit enormen Engagement traten diese ersten Zivildienstleistenden für ihre Grundüberzeugung ein. Sie wollten keine Drückeberger sein und sie waren es nicht. Sie haben sich durch Leistung Anerkennung verschafft.

Die Kirchen unterstützen Kriegsdienstverweigerer

Die Unterstützung beider Kirchen für diese ersten Ersatzdienstleistenden war daher sachlich verständlich und geboten. Sie haben den Zivildienst immer als sozialen Friedensdienst verstanden und gewertet. Dabei ging es beiden Kirchen um das Ernstnehmen der Gewissensentscheidung der jungen Männer, die für sich reklamieren, den Dienst mit Waffe nicht leisten zu können. Die Folge davon war, daß diesen jungen Männern auch die Möglichkeit gegeben werden mußte, einen sinnvollen Zivildienst ableisten zu können. Beide Kirchen beauftragten ihre Wohlfahrtsverbände daher, ein großes Angebot an Zivildienstplätzen zu errichten. Selbstverständlich war und ist es beiden Verbänden auch, für eine angemessene Einführung und Begleitung der Zivildienstleistenden zu

sorgen. Zivildienstleistende sollen im sozialen Bereich arbeiten aber auch lernen. Sie sollen den ganzheitlichen Ansatz christlicher Pflege und Sozialarbeit kennenlernen und zugleich Verständnis gewinnen für die Menschen, denen sie helfen sollen.

Kriegsdienstverweigerer waren und sind keine Drückeberger

Trotz der Unterstützung beider Kirchen und trotz der großen Leistungen der einzelnen Zivildienstleistenden hing den Kriegsdienstverweigerern das Image des Drückebergers bis Anfang der 80iger Jahre an. Sie galten sogar als Gegner unseres Staates. Sicher hing dies mit dem Verfahren der Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen bei den Ausschüssen und Kammern der Kreiswehrrersatzämter und den langwierigen Verwaltungsgerichtsverfahren zusammen. Viele Kriegsdienstverweigerer wurden wiederum durch kirchliche Beratungsgruppen auf die zum Teil harten Verhandlungen vorbereitet. Viele Kriegsdienstverweigerer fühlten sich als Bürger zweiter Klasse. Die theoretische Überprüfung eines Gewissens ist unmöglich. Dank der Neuregelung des KDV-Antragsverfahrens unter dem damaligen Jugendminister Heiner Geißler 1983 konnte diese von vielen als unwürdig erlebte Gewissensprüfung endlich und endgültig abgeschafft werden. Seit dieser Zeit steht in der öffentlichen Beurteilung der Zivildienstleistenden ihr Engagement im Vordergrund. Das Image des Zivildienstes könnte heute kaum besser sein.

Zivildienst ist keine Alternative zum Wehrdienst, aber eine gute Ausnahme

Dadurch ist öffentlich leider in den Hintergrund getreten, daß der Zivildienst nicht die Alternative zum Wehrdienst ist. Unser Grundgesetz kennt die allgemeine Wehrpflicht aber keineswegs die allgemeine Dienstpflicht. Von jedem jungen Mann, der wehrdienstfähig ist, wird erwartet, daß er seinen Grundwehrdienst in der Bundeswehr absol-

viert und so am Verteidigungsauftrag der Bundesrepublik Deutschland höchstpersönlich partizipiert. Nur derjenige, der den Dienst mit der Waffe mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, kann sich zurecht auf das Grundrecht Artikel 4 Abs. 3 GG berufen und als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt werden. Zivildienst ist also die Ausnahme. Wehrdienst die Regel. Insofern ist es auch verständlich, daß es für den Zivildienst kein Staatsziel gibt. Der Staat sorgt lediglich dafür, daß anerkannte Kriegsdienstverweigerer anstelle des Wehrdienstes einen Ersatzdienst/Zivildienst leisten. Dies soll ein Dienst sein, der dem Allgemeinwohl zu gute kommt.

Zivildienst und Arbeitsmarkt

Dabei muß berücksichtigt werden, daß durch den Einsatz Zivildienstleistender kein Arbeitsplatz verloren geht. Wenn hier von der Zivildienstverwaltung auch immer eine Gradwanderung erwartet wird, so wird man festhalten können, daß durch den Zivildienst keine Arbeitsplätze verloren gegangen sind, sondern daß in vielen Bereichen junge Männer aufgrund ihres Zivildienstes einen Arbeitsplatz im Sozialbereich angestrebt haben und damit für den Sozialbereich gewonnen werden konnten. Andererseits hat der Zivildienst mit dazu beigetragen, daß unsere Gesellschaft kaum bemerkt hat, daß der von vielen beklagte Pflegenotstand fast ausschließlich einen Mangel an Fachkräften zur Ursache hat. Der Zivildienst hat diesen Fachkräftemangel gerade in stationären Einrichtungen der Altenpflege mit verdeckt. Auch daß in den Einrichtungen die Zahl der ehrenamtlichen Helfer zurückgegangen ist, kann mit dem Anwachsen des Zivildienstes in Verbindung gebracht werden.

Nicht nur die politischen Rahmenbedingungen für den Zivildienst und das gesellschaftliche Klima für den Zivildienst haben sich in den vergangenen Jahren verändert, sondern auch die jungen Männer, die in den Zivildienst gelangen. Während Anfang der 70iger Jahre ein Zivildienstleistender im Durchschnitt über 23 Jahre alt war, ist ein Zivildienst-

leistender heute gerade 20 Jahre alt. Diese Verjüngung der Zivildienstleistenden ist vor allem auf das geänderte Anerkennungsverfahren zurückzuführen.

Zivildienst und soziales Lernen

Aber auch im grundsätzlichen hat sich die Sozialisation der Zivildienstleistenden im Jahre 1995 im Verhältnis zu Zivildienstleistenden früherer Jahrzehnte wesentlich verändert. Der Umgang mit Krankheit, Sterben und Tod wird von den heutigen jungen Männern vor dem Zivildienst kaum oder gar nicht erlebt. Die Klienten der stationären und ambulanten Einrichtungen mit ihren Sorgen und Nöten werden zuvor kaum gekannt. Die Rahmenbedingungen sozialer Einrichtungen einschließlich ihrer Arbeitszeitregelungen sind für den jungen Mann oft absolutes Neuland. Von daher ist bei der Gestaltung des Zivildienstes in den kommenden Jahren - auch angesichts einer Verkürzung der Dienstzeit - der Schwerpunkt der Arbeit auf Einweisung, Einführung und Begleitung der Zivildienstleistenden im sozialen Dienst zu legen. Geschieht dies nicht, werden unsere jungen Männer vor allem psychisch überfordert. Die Erfahrungen unserer Zivildienstleistenden werfen die Frage auf, was kann getan werden, damit unsere Jugend früher mit dem Ernstfall „Leben“ konfrontiert wird. Schule, Elternhaus, soziale Einrichtungen und Jugendarbeit sind hier gefordert, damit soziales Lernen früher beginnt.

Eine allgemeine Dienstpflicht kann diese Defizite nicht überwinden. Aber die Diskussion darüber erübrigte sich endgültig, wenn Jugendliche angeregt durch das Vorbild von Eltern und Großeltern rechtzeitig in die Verantwortung für menschenwürdige Pflege und Betreuung von Menschen eingeführt werden. Dann leisteten neben unseren Zivildienstleistenden auch einige 100.000 Ehrenamtliche einen sinnvollen und freiwilligen Dienst für den sozialen Frieden. ■

Anm

Dieter Hackler ist Bundesbeauftragter für den Zivildienst und Mitglied des EAK-Bundesvorstandes.

„Täter des Friedens sein“

Christian Walther

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging ein Ruf nach Frieden um die Welt. Die Menschen waren der Leiden und des Sterbens überdrüssig. Doch die Sehnsucht aller nach Frieden fand keine Erfüllung. Kriege wurden wieder zur alltäglichen Erscheinung. Heute, 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, werden wir erneut daran erinnert, daß der damals gewonnenen Einsicht, Kriege dürfen nicht mehr sein, weil sie kein Mittel der Politik mehr sein können, die Politik nur bedingt gefolgt ist. Zweifellos ist es ein Verdienst von Christen, jene Einsicht und mit ihr die Hoffnung weitergetragen zu haben, daß Friede bei gutem Willen möglich sein muß. Aber ihnen ist die Erfüllung ihrer Hoffnung versagt geblieben.

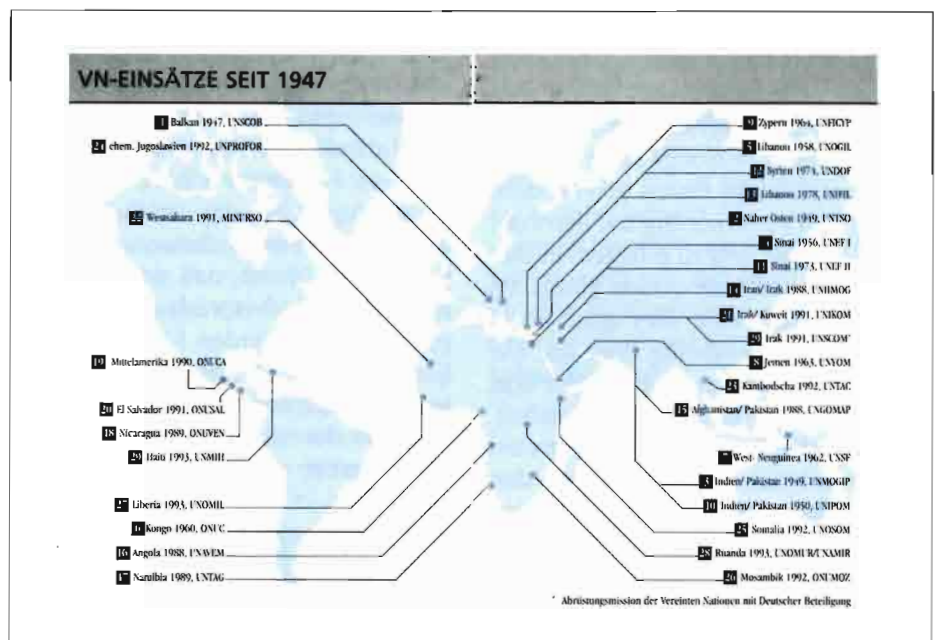
Die leidige Tatsache, daß es in den letzten fünf Jahrzehnten hunderte kriegerischer Konflikte mit Opfern in Höhe von mehreren Millionen vor allem unter der Zivilbevölkerung gegeben hat, treibt immer wieder die alte Frage hervor, woran es liegen mag, daß sich der gute Wille, Frieden zu wahren und zu schaffen, oft so wenig zeigen will. Gilt in dieser Beziehung möglicherweise immer noch, worauf Plato bereits in seinem Buch über den Staat hingewiesen hat, daß politischer Eigennutz und Vorteil verbieten, auf das Wohl anderer zu achten?

Wie immer man auf jene Frage antworten mag, unübersehbar ist das Dilemma, vor dem die Menschheit steht: Das Ideal einer Welt in Frieden entzieht sich beharrlich seiner vollendeten Verwirklichung. Wie aber sollen Christen mit ihm umgehen? Diese Frage beherrscht die Friedensdiskussion in den Kirchen. Soll man vor ihr kapitulieren, indem man seine Ohnmacht bekennt, das Dilemma beheben zu können? Oder soll man gesinnungspazifistische Grundeinstellungen

wecken, um damit wenigstens Verweigerungshaltungen zu erzeugen, aus denen heraus ein Widerstand gegen alles wachsen kann, was mit Rüstung, Militär und Verteidigungsbündnis zu tun hat? Wenn Orientierung gefordert ist, wird der Blick, wie könnte es anders sein, auf die Bibel gelenkt. Welche Hilfen gibt sie dem Christen? Heute ist es deutlich, daß sie dem Christen nicht rät, abseits zu stehen, wenn es gilt, einen Beitrag zur Beantwortung der großen Lebensfragen unserer Zeit zu leisten. Mit Blick auf die große Bedeutung, die das Friedensthema besitzt, verlangt das Gebot der Bergpredigt: Seid Täter des Friedens!, im Alltag der Welt befolgt zu werden. Aber ist damit auch schon ein für allemal festgelegt, daß nur der Wehrdienstverweigerer zu den Tätern des Friedens gerechnet werden darf? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die, welche so denken, es sich zu leicht machen. Heute versteht sich weithin der Soldat gleichfalls als Hüter des Friedens. Blauhelm-Soldaten riskieren für den Frieden sogar Gesundheit und Leben. Jedenfalls ist es keineswegs schon so klar, daß mit theologisch

noch so wortreich begründetem Gesinnungspazifismus oder Verantwortungspazifismus jenes Grunddilemma behoben werden kann.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die neutestamentlichen Aussagen zum Frieden wegen ihres nüchternen Realitätssinnes ihre unverwechselbare Bedeutung. Sie verkünden den Frieden nicht als ein Ideal, dessen Verwirklichung in das Vermögen des Menschen gestellt ist. Sie zeigen vielmehr auf, daß es in der bestehenden Weltzeit überhaupt keinen Zustand gibt, der als vollendeter Friede bezeichnet zu werden verdient. Frieden gibt es danach nur in relativer Gestalt, stets labil und darum immer in der Gefahr, gestört und verletzt zu werden. Auch den Tätern des Friedens wird nirgendwo verheißen, auf Erden Erfolg zu haben. Der Friede, den das Neue Testament meint, weist auf das kommende Gottesreich hin. Das Gebot der Bergpredigt und die noch nicht erfüllte Verheißung des Gottesreiches müssen zusammengesehen werden. Dann wird auch deutlich, daß die Aufforderung, Täter des Friedens zu sein, einen Modus beschreibt, sich auf das kommende Reich Gottes vorzubereiten. In den Frieden Gottes durch Christus hineingenommen zu sein, heißt: ein „Sein in eschatologischer Bewegung“ zu haben, wie es ein Exeget unserer Tage sehr glücklich formuliert hat.



Es sind zwei Lehren, die sich jetzt ziehen lassen:

1. Christen dürfen gar nicht damit rechnen, vor dem Kommen des Gottesreiches eine Welt in Frieden zu erleben.
2. Christen sind gehalten, nicht von der Unmöglichkeit eines totalen Friedens, sondern vom jeweils Möglichen auszugehen, wenn es darum geht, den Frieden zu wahren und zu fördern.

verbannt ist, steht keineswegs schon in sicherer Aussicht. Angesichts dieser Sachlage war es sicher ein Fehler, aus der Idee des ewigen Friedens ein Ideal zu machen, das durch menschliche Anstrengung, womöglich durch einen einzigen revolutionären Akt verwirklicht werden könnte.

Es gehört nun zu den eigentlich erstaunlichen Erscheinungen in der heutigen Christenheit, daß man auf einflußreiche Kreise stößt, die sich an solcher nüchter-

politischen Alltagssprache ist Versöhnung ohnehin zu einem viel gebrauchten Wort geworden. Doch was heißt Versöhnung? Wenn dieser bedeutungsvolle Begriff nicht zu einem bloßen Schlagwort mit womöglich noch moralisch - sentimentalem Einschlag degenerieren soll, dann tut es not, sich vor Augen zu führen, was er wirklich beinhaltet.

Daß Gott den Menschen in Christus Versöhnung zuteil werden läßt, heißt, daß der Versöhnte in den Frieden Gottes aufgenommen worden ist. Das ist aber nur die eine Seite der Sache. Geht man nämlich dem Sinngehalt des lateinischen Wortes für Versöhnung, *reconciliatio*, nach, dann wird deutlich, daß Versöhnung als Wiederherstellung der Beziehung Gottes zum Menschen auch das Wiedereintreten in ein gegenseitiges Beratungs- und Verständigungsverhältnis unter Freunden einschließt. Denn in dem lateinischen Wort steckt *concilium*, was Beratung heißt. Der Gottlose wäre dann der Mensch, der aus solch einer freundschaftlichen Beratung mit Gott ausgeschlossen ist.

Wie aber kann das, was mit der Versöhnung prozeßhaft in Gang gesetzt werden soll, in unser Leben integriert werden? Doch wohl nicht anders, als daß wir den Dialog mit der Bibel, durch die uns Gottes Wille und Rat vermittelt wird, führen, indem wir unsere unerledigten Probleme, unser Fragen und unsere oft so ausweglos erscheinenden Lagen in diesem Dialog zur Sprache bringen. In Sachen Frieden kann dies heißen: sich von diesem Dialog zu Rückfragen an unsere eigenen Konzeptionen und Friedensstrategien anregen zu lassen, sie erneut zu analysieren und auf falsche Annahmen, unrealistische Erwartungen und abschätzbare Folgen abzuklopfen. Dann kann es geschehen, daß sich Alternativen zu Konzeptionen und Strategien, mit denen bislang keine Erfolge zu erzielen waren, eröffnen, die erfolgversprechendere Schritte auf dem Weg zum Frieden weisen. Mit dem Geist der Versöhnung wird die Freiheit zur Überprüfung und Revision beste-

**Es hilft unendlich viel zum Frieden,
nicht auf den anderen zu warten, bis er kommt,
sondern auf ihn zuzugehen.**
Richard von Weizsäcker

Es gilt mit der wiederholten Forderung des Apostels Paulus Ernst zu machen, mit Nüchternheit und realistischer Einschätzung des eigenen Vermögens sich an die Lösung von Aufgaben zu machen, die im Alltag der Welt entstehen; und diese Forderung erstreckt sich gleichermaßen auf die Friedensanstrengungen der Christenheit.

Dazu will von einer anderen Seite her auch der philosophische Gedanke vom ewigen Frieden anleiten, den Immanuel Kant so eindrücklich begründet und vertreten hat. Die Idee des ewigen Friedens besagt, daß es vernünftig sei, den Frieden zu wahren und zu erhalten. In diesem Sinne bleibt sie zeitlos gültig. Im Umkehrschluß heißt dies aber auch: Kriege sind unvernünftig. Sie sind, wie dies Karl Jaspers einmal ausgedrückt hat, auch der größte Feind der Freiheit. Aber daß der Zustand einmal eintreten könnte, wo nur noch Vernunft in den Beziehungen zwischen den Völkern herrscht und alle Unvernunft, wie sie im chauvinistischen Nationalismus oder im Fundamentalismus der verschiedensten Spielarten ihren Ausdruck findet, daraus

nen Einschätzung und der damit verbundenen Selbstbescheidung stoßen. Vielmehr erwarten sie, daß durch eine revolutionäre Veränderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse sich Krieg von der Erde verbannen und damit die Alternative; Krieg oder Untergang, zugunsten der Gleichung Frieden gleich Leben überwinden ließen. Wer jedoch von einer revolutionären Veränderung spricht, muß mit der Möglichkeit friedensstörender Gewalt rechnen. Utopien, und die Vorstellung von der Möglichkeit der Herbeiführung einer Welt in Frieden durch revolutionäre Veränderung ist eine solche, leiden, auch wenn ihnen das Beiwort „real“ zugefügt wird, daran, daß sie nicht ohne Brüche und Widersprüche in Handlungen überführt werden können. Ja, die Geschichte lehrt zudem, daß nicht selten das Gegenteil dessen erreicht wird, was mit der Utopie eigentlich angestrebt werden sollte.

Versucht man sich biblische Sichtweisen des Friedens zu verdeutlichen und sie zu verstehen, stößt man auf die Verbindung „Frieden und Versöhnung“. In der

hender Vorstellungen vom Frieden geschenkt. Politische Vernunft in christlicher Perspektive wäre dann das breite Betätigungsfeld für den reflektierten Umgang mit dieser Freiheit, die aus dem Glauben kommt.

Aber Versöhnung endet hier nicht. Vielmehr drängt sie, in Prozesse freundschaftlicher Verständigung mit anderen, an der Lösung gleicher Probleme arbeitenden Menschen umgesetzt zu werden. Versöhnung hat keine nur das Innere des einzelnen Menschen vor Gott betreffende Seite, sondern ist zutiefst auf Kommunikation im mitmenschlichen Bereich angelegt. Davon kann der Friede nur profitieren, als er ja immer an Verständigungsprozesse gebunden ist. Versöhnung in ihrem theologischen Sinn schafft die Gemeinschaft der Befriedeten, die solchen Prozeß befördern können, indem sie sich um den Geist der Freundschaft unter Menschen mühen, die Feinde waren; indem sie Menschen bereit machen, sich wieder vertrauensvoll miteinander über Wege zum Frieden zu beraten, statt gegeneinander zu agieren, weil sie Feinde waren.

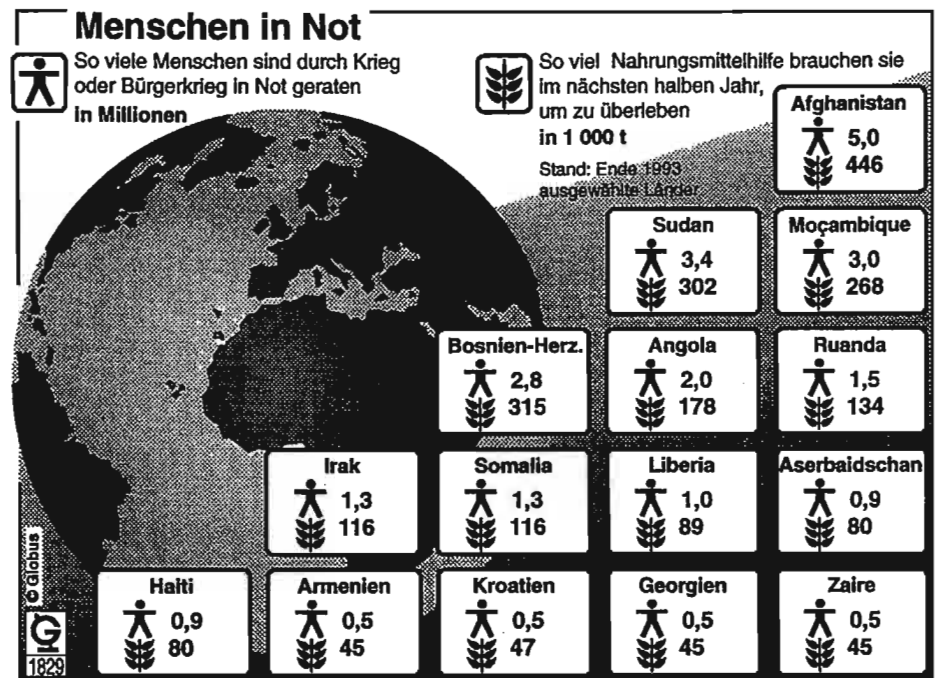
Doch so positiv das alles auch klingen mag, ein Anlaß, die Rolle der Christenheit in Sachen Frieden zu idealisieren, besteht nicht. Dies um so weniger, als die Christenheit selber den Geist der Versöhnung in ihren Reihen noch an vielen Stellen nötig hat. Wie oft hat sie gezeigt, daß sie von Feindschaften zerrissen ist? Wie feige zeigen sich Christen oft, wenn es gilt den Versuchungen politischer Heilsversprechen oder den Verlockungen nationalistischer Ideale zu widerstehen? Und wie oft sind wohl-tönende kirchliche Friedensappelle folgenlos geblieben? Mit spektakulären Erfolgen sollte man also nicht rechnen, wenn Christen sich um den Frieden mühen. Was man aber von ihnen erwarten kann, sind eben nicht mehr als kleine und oft wenig beachtete Schritte, die auf dem Weg zum Frieden nun einmal zurückgelegt werden müssen. Aber man muß auch fragen, ob es je eine dauerhafte Verständigung unter Menschen gegeben hat, die nicht auch auf solchen kleinen Schritten beruhte.

Bei allem verständlichen und notwendigen Streben nach Frieden darf schließ-

lich nicht übersehen werden, daß zu den Voraussetzungen eines Erfolges Vertrauen und Verständigungsbereitschaft bei allen am Prozeß der Verständigung Beteiligten gehören.

Fehlt auch nur ein Element, dann steht alles Mühen in der Gefahr, zu einer Farce oder einer bloßen Politshow zu werden, in jedem Falle aber den auf Frieden hoffenden Menschen nichts als die frustrierende Erfahrung der Ergebnislosigkeit zu vermitteln. Verständigungsbe-

ankommt? Wie sollen auch Menschen, die unter Zerstörung und soldateskem Greuel leiden, vor menschenverachtender Machtbesessenheit mit all ihrer brutalen Rücksichtslosigkeit anders geschützt werden, als durch die Bereitschaft der übrigen Völkergemeinschaft, dagegen auch militärische Mittel einzusetzen? Die heute so gerne zitierte Friedensethik kommt, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, Illusionen anzuhängen, nicht darum herum, auch diese Möglichkeit zu bedenken. Eine Er-



reitschaft verlangt, daß konfliktzeugende Interessen, nationalistischer, imperialistischer oder auch religiös-fundamentalistischer Art, um der Sache des Friedens willen nicht weiter verfolgt und durchgesetzt werden. Sie zu überwinden ist jedoch schwierig, wenn sie erst einmal mit der Patina geheiligter Tradition versehen worden sind. Tragische Ereignisse in unseren Tagen führen das immer wieder vor Augen.

Ist es darum eigentlich abwegig, in die Überlegungen zum Frieden die Möglichkeit einzubeziehen, den Frieden mit militärischen Mitteln zu sichern oder wiederherzustellen, wie es in der Satzung der Vereinten Nationen vorgesehen ist; sei es, um die Politik bei ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen, sei es aber auch, weil die Politik nicht vor-

folgsgarantie ist aber, wie die Erfahrungen der Gegenwart lehren, auch mit dem Einsatz von Soldaten nicht gegeben. Allenfalls lassen sich mit ihnen noch größere Schäden und Leiden verhindern. In allen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten ist eins jedoch sicher: Es kann in keinem Fall auf Menschen verzichtet werden, die begriffen haben, was es heißt, als Versöhnte in einer im Grunde friedlosen und unfriedfertigen Welt zu leben und für das gemeinsame Leben zu arbeiten.

Anm.:

Dr. Christian Walther
ist emeritierter Professor der
Bundeswehrhochschule
in Hamburg.

Rheinische Kirche: Pazifistische Steuerverweigerung – Anmerkungen zu einem Synodenbeschluß

Wilhelm Drühe

Neues pazifistisches Betätigungsfeld

Wenn die Landessynode der Evangelischen Kirche in Rheinland, das höchste Leitungsgremium, sich zu einer Frage wie der „Pazifistischen Steuerverweigerung“ äußert, dann darf man mit großen Worten rechnen. So wurde am 11. Januar 1995 in Bad Neuenahr fast feierlich erklärt: „Die Unterstützung aller Initiativen für ein gewaltfreies Leben in Konflikten und für ein Suchen nach Lösungen muß ein Hauptanliegen der Evangelischen Kirche im Rheinland auf allen Ebenen sein und bleiben.“

Dabei tobt auf allen Ebenen dieser Landeskirche zwischen Wesel und Saarbrücken ein erbitterter Kampf, gewöhnlich um das knapper werdende Geld, aber auch um die rechte Kirchen-Ideologie. Mit anderen Landeskirchen überlegt die Rheinische Kirche, wie man Pfarrerrinnen und Pfarrer aus der Pfarrstelle entfernen kann, ohne ein aufwendiges Amtsenthebungsverfahren durchführen zu müssen; Kirchenleitende haben offensichtlich Angst davor, daß „schmutzige Kirchenwäsche“ gewaschen wird.

Wie sich verbreitetes Kirchen-Mobbing mit „gewaltfreiem Leben in Konflikten“ vereinbaren läßt, das ist für die Versammlung der höchsten Rhein-Protestanten kaum ein Problem. Man lebt eben mit denen „friedlich“ zusammen, die - wie TRANSPARENT, die Vierteljahresschrift für die „kritische Masse in der Rheinischen Kirche, - Andersdenkende als „Stiefellecker“ bezeichnen, deren Veröffentlichungen „Mundfäule, Amnesie, durchgeschauerte Knie“ hervorruft.

Aber darum geht es ja der Rheinischen Synode überhaupt nicht. Es geht wieder um die Soldaten, ein Lieblingsthema der Rhein-Protestanten. Nach dem Versagen der sogenannten „Friedensbewegung“ angesichts der neuen Herausforderungen etwa auf dem Balkan, hat man ein neues „pazifistisches“ Betätigungsfeld ausgemacht: die Steuerverweigerung. Das sei ein christliches Friedenszeugnis, erklärte die Synode an der Ahr und respektiert „die persönliche Entscheidung für einen pazifistischen Teilsteuersboykott aus Gewissensgründen, die biblisch begründet wird.“ An dieser Respektierung stimmt nun fast überhaupt nichts mehr. Ging es der „Friedensbewegung“ wirklich um das „Gewissen“, nicht um Machtpolitik, um die Bekämpfung und Verdächtigung politischer Gegner - bis hin zu dem Massen-Mißbrauch der „Kriegsdienst-Verweigerung“, durch den auch kirchliche Einrichtungen billige Mitarbeiter staatlicherseits zugeführt bekamen?

Was ist ein „Teilsteuersboykott“, wenn man sich weiterhin vom Steuersystem des Staates die Kircheneinnahmen in Milliardenhöhe besorgen läßt? Auf die „biblische Begründung“ kann man ja gespannt sein, wobei die Synoden-Diskussion zur Homosexuellen-Frage gezeigt hat, wie aus der Bibel kirchenpolitische Manöveriermasse geworden ist. Dieser Steinbruch gibt vieles her für das ideologische Kirchen-Gebäude.

Im Synodenbeschluß folgt dann - nach dem vollmundigen Vorspann - die typische rheinische Halbherzigkeit: Dieses

christliche Friedenszeugnis, das sich in der Nichtbeteiligung an der Finanzierung des Verteidigungshaushaltes der Bundesrepublik zeigt, wird ernstgenommen, natürlich nicht kritisch hinterfragt. Die Beteiligten werden zwar auf die Straffolgen hingewiesen, sollen aber geschützt werden vor öffentlicher Verunglimpfung und Benachteiligung. Übernehmen etwa die Kirchenkassen die Strafen, die von unabhängigen Gerichten verhängt werden? Das sind doch wohl die „Benachteiligungen“. Die Gemeinden sollen Gespräche mit den Steuerverweigerern führen. Worüber denn? Die Ziele dieses fragwürdigen „Pazifismus“ werden in jedem Falle durch die Kirchenleitung unterstützt. Und schließlich behauptet die Landessynode, durch diese Verringerung der Militärausgaben werde eine Politik nichtmilitärischer Friedenssicherung gestärkt.

Fragwürdiger Pazifismus

Was ist damit eigentlich geschehen? Eine kleine Gruppe hat die Landeskirche in ihrem höchsten Gremium vor ihren ideologischen Karren spannen können. Liest man den Beschluß, dann kann man zum Eindruck kommen, daß es bei den „Militärausgaben“ um die Finanzierung einer Eroberungs- und Angriffsmarine geht, die einen neuen Krieg vorbereitet. Dabei ist unsere Bundeswehr in eine Rückbaubewegung. Die Neuorganisation zielt auf Truppenteile, die auf Nachfrage der UN mit der Zustimmung unseres Parlaments in die Krisengebiete der Welt geschickt werden können, um dort Frieden zu schaffen und zu sichern.

„Mit Mehrheit“ stimmte die Rheinische Landessynode einem Beschlußvorschlag zu, der keine überzeugende Begründung hat, der nicht nach dem Hintergrund fragt und der politisch überholt ist. Für unsere Soldaten in der Bundeswehr, unter denen ja auch noch viele Christinnen und Christen sind, bedeutet er, daß die Rheinland-Kirche ihren Dienst wieder einmal diffamiert. Aber das hat ja Tradition unter Kirchenleitenden, die für sich die Ablehnung der Soldaten als das „deutlichere Zeichen“ des Christseins beanspruchen. Dietrich Bon-

hoeffer hat es so gesehen: „Wenn ich einen wahnsinnigen Autofahrer den Kurfürstendamm entlangfahren sehe, der rechts und links in die Passanten hineinfährt, so ist es nicht nur meine Aufgabe, die Verletzten zu verbinden und die Sterbenden zu trösten, sondern ich muß

versuchen, ihn vom Steuer zu reißen, selbst unter Einsatz meines Lebens.“ Was wollen die Bundeswehrangehörigen unter veränderten Weltverhältnissen anderes unternehmen? Rheinisches Friedenszeugnis ist es aber, die Finanzierung dieser Einsätze zu diffamieren

und einzuschränken. Das wird die Rheinische Synode kaum erreichen. ■

Anm.:

Wilhelm Drühe
ist Pfarrer in Mettmann

Ordnungen, die den Menschen dienen

Golfgang Beuß

„Ordnungen, die den Menschen dienen“, unter diesem Motto steht der EAK-Stand auf dem diesjährigen Kirchentag in Hamburg.

Ordnung, bei diesem Wort beschleichen mich immer wieder Erinnerungen an die Kindheit und besonders die Jugend. „Ordnung ist das halbe Leben“, so wurde es einem gepredigt. Nur unter Protest oder aber ohne wirkliche Einsicht beugte man sich schließlich den elterlichen Ordnungsvorstellungen. Auch mit der Ordnung in der Schule war das so eine Sache: die Ordnung in der Schultasche, im Arbeitsheft, in den Büchern, auf dem Schulhof oder auf der Klasse. Ordnung als Schikane? Es ging doch auch ohne diese verdammten Ordnungen, so dachten und glaubten wir es damals Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre zu wissen.

Und heute, rund fünfundzwanzig Jahre später? Ein Leben ohne Ordnung und Ordnungen, wie sollte das überhaupt noch funktionieren? Der tägliche Umgang mit anderen Menschen im Privat- oder Berufsleben - ohne Ordnung unvorstellbar. Die Erziehung des eigenen Kindes oder der Schüler - ohne Ordnung unvorstellbar. Was ist passiert? Habe ich mich, oder haben sich die Ordnungen verändert? Was ist anders gegenüber früher?

Versucht man sich den Begriff Ordnung zu erschließen, so stellt man fest, daß er sich vom lateinischen Wort „ordo“ ab-

leiten läßt. Ordo, das stand ursprünglich für die Fadenreihe eines Gewebes. In den einschlägigen Lexika finden wir heute unter dem Schlagwort Ordnung zahlreiche Erklärungsansätze aus den unterschiedlichsten Bereichen: Da wird Ordnung grundlegend definiert als ein vorgegebenes Prinzip, das bestimmte Zusammenhänge einzelner Teile oder Rang- bzw. Reihenfolgen regelt. Die theologische Ordnung steht beispielsweise für den Heilsplan, der der Welt den gottgewollten Sinn und Zweck verleihen soll. Wir finden aber auch Erklärungen für mathematische, physikalische, chemische und biologische Ordnungen. Da gibt es Ordnungszahlen, Ordnungsprinzipien, Ordnungsstrukturen und unverrückbare Gesetzmäßigkeiten. Alles scheint geregelt und eindeutig definiert.

Es ist also alles in Ordnung mit den Ordnungen. Fast schon überflüssig scheint denn auch der Hinweis auf die Binsenweisheit; die da lautet: Wir brauchen Ordnungen, sonst hätten wir Anarchie und Chaos. Wenn das nun aber alles so klar und einleuchtend ist, was ist dann mit den eingangs spontan und ehrlich geäußerten negativen Erinnerungen an die Kindheits- und Jugenderlebnisse. Warum war das damals nicht so in Ordnung mit der Ordnung?

„Ordnungen, die den Menschen dienen“. Diese Verknüpfung von „Ordnungen“ und dem „dienen“, das klingt plausibel und macht Sinn. In dieser Verbindung liegt möglicherweise der Schlüssel für den Hinweis auf die Spur,

woher denn die vielen Schwierigkeiten und Ablehnungen gegenüber Ordnungen kommen mögen.

Ordnungen dürfen nicht zum Selbstzweck verkommen

„Ordnung um der Ordnung willen!“, das wäre die Alternative zu unserem EAK-Kirchentagsmotto. Leider ist das Prinzip auch heute noch die oft geübte Praxis bei der Vermittlung von Werten, Gesetzmäßigkeiten und Normen. Ordnungen dürfen aber gerade nicht zu starren und seelenlosen Regularien verkommen. Sie funktionieren eben nicht nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Sie müssen vielmehr vorgelebt, begründet, aber auch immer wieder hinterfragt werden. Nur wenn einsichtig wird, daß gegebene Ordnungen dem Menschen dienen, ist ihre Akzeptanz und Einhaltung auch möglich. Deshalb dürfen Ordnungen nie zum Selbstzweck verkommen! Gerade Eltern, Erzieher, Pastoren und Lehrern kommt eine entscheidende Schlüsselrolle bei der Vermittlung von Ordnungen zu. Sie bedürfen unserer Unterstützung in dieser wichtigen Aufgabe. Keiner kann sich dieser Verantwortung entziehen. Im Interesse unseres Gemeinwohl sind wir alle gefordert, diesem Anspruch gerecht zu werden und ihn täglich zu leben. Nur so können wir gemeinsam den Anspruch einlösen, daß unsere Ordnungen auch wirklich dem Menschen dienen.

Wie entwickeln sich Ordnungen?

Dienen unsere Ordnungen wirklich immer den Menschen oder sind wir nicht vielmehr oft im wahrsten Sinne des Wortes von unseren Ordnungen auch bedient? Wer kennt nicht die Empfin-

dung, sich in bestimmten Situationen von Ordnungen und Regeln eingeschnürt zu fühlen. Dann reagieren wir mit Mißmut, sind unzufrieden, ja, beginnen vielleicht sogar, die unliebsame Ordnung und ihren Sinn und Zweck anzuzweifeln. Spätestens an diesem Punkt stellt sich dann möglicherweise die Frage nach dem Ursprung von Ordnungen ein. Süffisant hat dieses Problem bereits im 18. Jahrhundert der Satiriker der Aufklärung Georg Christoph Lichtenberg auf den Punkt gebracht, in dem er bemerkte: „Ordnung führt zu allen Tugenden! Aber was führt zur Ordnung?“

In unserem Kulturkreis sind die Ordnungen ohne Zweifel entscheidend von der **christlichen Religion** geprägt. Über viele Jahrhunderte hinweg wurden sie von der Kirche und den weltlichen Autoritäten unerschütterlich verteidigt und dort, wo es erforderlich erschien, gnadenlos durchgesetzt.

Die Reformation im 16. Jahrhundert brachte dieses Ordnungssystem ins Wanken und gab ihm neue Akzente. Mit der beginnenden Industrialisierung und der Landflucht der Menschen in die Städte geriet das bestehende Ordnungsgefüge aus dem Kurs. Das Ende der Kaiserzeit, die Weimarer Republik und das Nazideutschland mit seinem schrecklichen Holocaust wirbelten alle bisher dagewesenen Ordnungen, Werte und Tugenden durcheinander. Mit dem Ende des 2.

Weltkrieges vor 50 Jahren war nicht nur der Tod von Millionen von Menschen und die Zerstörung Deutschlands verbunden, sondern auch die Offenbarung, daß der Großteil eines „Volkes der

Im einen Teil des Landes etablierte sich die Ordnung der westlichen Welt. Wesentliche Grundlagen waren die Demokratie und die Freiheit und der Schutz des Einzelnen. **Garantiert** wurde diese

neue Ordnung durch das **Grundgesetz**; geprägt wurde die Bundesrepublik und ihr wirtschaftlicher Aufschwung durch die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

Im anderen Teil des Landes entwickelte sich der von der Sowjetunion verordnete Versuch, erstmals auf deutschem Boden eine sozialistische Ordnung aufzubauen. Der vermeintliche Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus in der DDR fand aus der Sicht des Westens seinen unrühmlichen Tiefpunkt im Mauerbau und dem menschlichen Schießbefehl.

So standen sich letztendlich auf deutschem Boden zwei völlig unterschiedliche Ordnungen konkurrierend gegenüber. Beide Systeme entwickelten über vierzig Jahre ihre eigenen Werte und Normen bis zu dem Tag, an dem die Mauer fiel.

Doch bald nach der ersten Freude über die so lange herbeigesehnte Wiedervereinigung entbrannte auch eine engagierte Diskussion über die Abgleichung und Einbringung unterschiedlicher Ordnungsvorstellungen in den neuen gemeinsamen Staat. Dabei ging es natür-

Ordnungen, die den Menschen dienen*

Was kann die Gemeinschaft der Nationen weltweit bewirken? Welche Grundlagen gibt es dafür? Menschenrechte, die überall gelten? Vorläufig bleibt umstritten, was „humanitäre Interventionen“ denn sind. Was wird das Europa der Zukunft sein? Nationalismus blüht allorts auf. Wie verträgt sich das mit dem Aufbau von Demokratien?

Helfen dagegen etwa das einende Band der Marktwirtschaft oder wachsende Einsicht in nur gemeinsam zu bewältigende Umweltgefahren? Eine Ordnung des Mit- und Nebeneinander muß gefunden werden, zum Beispiel im west-östlich geprägten Ostseeraum. Aber sollten die bisherigen Teilhaber der Europäischen Union einstweilen unter sich bleiben, um zueinander zu kommen, oder ist schon jetzt das Tor nach Osten zu öffnen? Zur gleichen Zeit läßt „Maastricht“ fragen: Werden wir am Ende ein Europa der Büro- oder der Demokraten haben? Und die Reichen leben in Sorge vor dem Zustrom der Armen des Südens und Ostens, die nicht mehr wissen, wohin.

Mittendrin Deutschland. Aus gutem Grund zögert es, wieder Nation sein zu wollen. Doch der Verantwortung, die ihm zuwächst, kann und darf es sich nicht entziehen. Dabei muß es im Inneren zur Einheit erst finden.

Vom rapiden Wandel erfaßt sind auch die Lebensordnungen des privaten Alltags. Während neue Formen erprobt werden, setzt eine Rückbesinnung auf Altbewährtes ein. Steht dahinter, im Politischen wie im Persönlichen, nur eine Suche nach Schutz vor dem rauen Wind der Veränderung? Oder wächst, mit Wertbewußtsein und Bürgersinn, der Keim des Neuen tatsächlich am ehesten im Humus des Alten?

** Unter dieser Überschrift (Themenbereich 2) engagieren sich der EAK, die Junge Union und Frischluft e.V. mit einem Gemeinschaftsstand auf dem Markt der Möglichkeiten. Sie finden uns in Halle 3 (Obergeschoß) unter der Standnummer 3 M 16.*

Denker und Dichter“ die meisten Ordnungen und Ideale verloren hatte.

Ordnungen im geteilten Deutschland

Bedingt durch die militärische Lage gestaltete sich dann der Wiederaufbau Deutschlands nicht nur wirtschaftlich und baulich, sondern auch gesellschaftspolitisch zweigleisig.

lich nicht - bis auf wenige Ausnahmen - um die Alternative Freiheit oder Sozialismus. Sehr wohl wurden und werden jedoch bis heute immer wieder sehr unterschiedliche Werte- und Ordnungsvorstellungen - gewachsen aus der jeweiligen Tradition - deutlich.

Ordnungen im Wandel

Beispiele hierfür sind die Arbeitsmarktpolitik, das Betreuungsangebot für Kinder oder die Finanzierung von Wohnraum. Mehr Staat und Schulden oder aber mehr Markt und Eigenverantwortung - das ist die Schlüsselfrage.

Es wird sicherlich noch viele Jahre brauchen, bevor diese unterschiedlichen Wert- und Ordnungsvorstellungen angeglichen sind. Erforderlich in dieser schwierigen Situation ist ein **Prozeß der gegenseitigen Akzeptanz**. Wir müssen voneinander lernen und bereit sein, zu „geben“ und zu „nehmen“. Nur so kann sich ein wirklich dem Menschen dienendes Ordnungssystem behutsam entfalten.

Neue Herausforderungen brauchen neue Ordnungen

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie aktuell und wichtig das EAK-Motto für den diesjährigen Kirchentag in Hamburg ist. „Ordnungen, die den Menschen dienen“. Es ist vieles in den letzten Jahren in Bewegung gekommen. Politik und Kirche sind aufgerufen, den Menschen bei der Suche nach Antworten auf die neuen Herausforderungen zu helfen.

Dringend erforderlich erscheint mir beispielsweise eine bewußtere Reflektion und Reaktion im Hinblick auf die immer stärker auseinander klaffende Lücke zwischen „Arm und Reich“, zwischen Menschen mit Arbeit und ohne Arbeit. Angesichts der ökologischen Bedrohungen brauchen wir neue Ordnun-

gen, die unsere wirtschaftliche Entwicklung in Einklang mit den Problemen unserer gefährdeten Natur bringen. Wie kann der Abkehr vieler Bürger von der Politik aber auch den Kirchen entgegen gewirkt werden?

Wohlstandsdenken und Egoismus überlagern immer stärker die Tugenden von Solidarität und Gemeinsinn. Werteverfall, Kriminalitätszunahme, steigende Scheidungsraten, Flucht in Drogen und Sekten sind Synonyme für die Befindlichkeit unserer Gesellschaft.

Sicherlich ist das alles kein Grund zur Panik, wohl sind wir aber gefordert, uns



diesen Problemen und Fragen zu stellen und gemeinsam nach neuen Lösungsansätzen und dazu passenden Ordnungen zu suchen.

„Ordnungen, die den Menschen dienen“. Auf der wichtigen Suche danach sind auch Sie herzlich zum nächsten Kirchentag im Juni dieses Jahres nach Hamburg eingeladen.

Anm.:

Wolfgang Beuß ist
EAK-Landesvorsitzender
der CDU-Hamburg.

Liebe Freundinnen und Freunde des Kirchentages,

wir laden Sie herzlich ein zum 26. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 14. bis 18. Juni 1995 in Hamburg.

Die Losung „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist“ soll eine Wegmarke sein in einer Zeit, in der vertraute Gewißheiten zerbrochen und neue Orientierungen noch nicht gefunden sind. Viele sind unsicher geworden, wo es künftig langgehen kann, im persönlichen Leben, in Kirche, Staat, Gesellschaft und Welt. Ihnen will das Prophetenwort aus Micha 6,8 nicht sagen, die Christen hätten die Wahrheit für sich gepachtet. Vielmehr weist es auf einen Haltepunkt, um miteinander danach zu suchen, was gut und richtig ist für die Bewältigung der Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft.

Denn das können Christinnen und Christen doch wissen: Ihr Glaube gibt Ihnen Maßstäbe des Denkens und Handelns, Gott ist mit auf ihrem Weg, und ihre Hoffnung hat einen festen Anker im Evangelium. Was dies aber heutzutage bedeuten kann, das soll auf dem Kirchentag im Hören auf Gottes Wort, im Reden und Streiten, im Beten und Feiern zur Sprache kommen.

Seit Monaten schon bereiten Tausende das Programm für die Tage im Juni 1995 vor. Kirche und Stadt in Hamburg richten sich darauf ein, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gute Gastgeber zu sein. Eingeladen hat die nordelbische Kirche, die Hamburg und Schleswig-Holstein umfaßt, und ganz Nordelbien erwartet einen Kirchentag, auf dem ein lebendiger und weltoffener christlicher Glaube erfahrbar und öffentlich sichtbar wird. Zugleich hoffen wir, daß der Kirchentag im Norden auch Zeichen gewachsener Gemeinsamkeit setzt zwischen den Deutschen aus Ost und West.

Zu Recht wird Hamburg das „Tor zur Welt“ genannt. Der Hafen ist Anlegeplatz für Menschen von überall her, aus vielerlei Kulturen und Nationen, Konfessionen und Religionen. So soll es auch beim Kirchentag sein: Jede und jeder sind willkommen, die teilnehmen möchten am gemeinsamen Suchen und Fragen, was gut ist zum Leben und Glauben in einer unübersichtlichen Zeit. Wir freuen uns, wenn Sie in Hamburg dabei sind.

Prof. Dr. Ernst Benda
Präsident des
Deutschen Evangelischen Kirchentages

Bischof Karl Ludwig Kohlwege
Vorsitzender der Kirchenleitung
der Nordelbischen
Evangelisch-Lutherischen Kirche

Bücher

Gerd Langguth:
Suche nach Sicherheiten.
Ein Psychogramm der
Deutschen.
Deutsche Verlagsanstalt,
Stuttgart 1995

Deutschland ist das einzige Land der Welt, in dem zwei tiefgreifende Umformungen gleichzeitig ablaufen: im Westen ein Modernisierungsprozeß, im Osten der Übergang von einer Kommandowirtschaft in eine marktwirtschaftliche Ordnung. Die Deutschen sind auf der Suche nach neuen Sicherheiten. Eine politisch-philosophische Standortbegründung, wie sie Gerd Langguth hier vornimmt, ist daher notwendiger denn je. ■

Horst Rupp:
Religion - Bildung - Schule:
Studien zur Geschichte und
Theorie einer komplexen
Beziehung.
Deutscher Studien Verlag,
Weinheim 1994
ISBN 3-89271-475-4

Die Studie befaßt sich mit der Problemgeschichte der im Titel angeführten Begriffe Religion, Bildung und Schule. Ein erster Hauptteil bietet eine historische Rekonstruktion des Bildungsbegriffes von seinen religiös-theologischen Wurzeln in Spätmittelalter und Reformationszeit bis hin zu seinem Auftreten in den pädagogischen Entwürfen der Aufklärungszeit und des Neuhumanismus. Ein zweiter Hauptteil untersucht die erneute Rezeption der Bildungskategorie durch die Theologie im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert, exemplifiziert an Herders und

insbesondere an Schleiermachers Bildungsvorstellungen. Ein dritter Abschnitt stellt diesen problemgeschichtlichen Rekonstruktionen einen stärker sozial- und institutionengeschichtlich orientierten Abriss der Entstehung und der Geschichte der öffentlichen Schule in Deutschland bis hin zur Gegenwart zur Seite.

Auf dem Hintergrund dieser historischen Analysen kulminiert die Arbeit schließlich in dem Versuch, ein aktuelles Bildungsverständnis für die gegenwärtige Schule zu konturieren, das auch dem Themenbereich „Religion“ seinen legitimen Stellenwert zuweist. ■

Dorothea Andersen/Gerhard Andersen/Eberhard Bethge/Elfriede Vibrans (Hrsg.): So ist es gewesen, Briefe im Kirchenkampf 1933-1942, von Gerhard Vibrans, aus seinem Familien- und Freundeskreis und von Dietrich Bonhoeffer.
Chr. Kaiser Verlag,
Gütersloh 1995

Gerhard Vibrans (1907-1942) war einer der ersten Vikare in dem von Dietrich Bonhoeffer geleiteten Predigerseminar Finkenwalde. Die im Zusammenhang mit der Herausgabe der Werke Dietrich Bonhoeffers erschlossenen Briefe sind ein eindrucksvolles Dokument über Studium, Ausbildung und pfarramtliche Praxis junger Theologen in der Zeit des Nationalsozialismus, im Spannungsfeld zwischen Reichskirche und Bekenntner Kirche, zwischen Anpassung und Illegalität.

Sie vermitteln ein lebendiges Bild der Zeit- und Lebensverhältnisse einer jungen Theologengeneration, ihrer Familien und ihrer Freunde. ■

Renovierung der Ribbecker Kirche



Die evangelische Kirchengemeinde benötigt Spendengelder für die Ribbecker Kirche, denn nach erfolgter Renovierung des Innenraumes steht noch die Renovierung des Kirchturms aus. Voraussichtlich sei die Finanzierung dafür in etwa fünf Jahren gesichert, hieß es. Die Frage ist nur, ob der Turm noch so lange warten kann, denn um seinen Gesundheitszustand steht es nicht zum besten. Theodor Fontane, der das Dorf Ribbeck und seinen Birnbaum samt der Familie von Ribbeck literarisch berühmt gemacht hat, wird also postum noch geraume Zeit die leise Werbetrommel rühren müssen. Dem EAK-Kreisvorsitzenden aus Bonn, Dr. Weert Börner, liegt dieses Kirchenprojekt besonders am Herzen.

KVA Nauen
Konto -Nr. 3810005168
BLZ 16050000
Sparkasse Nauen
Stichwort:
Kirche Ribbeck

Leserbriefe

Frohe Botschaften ?

Hans Bleckmanns „Rundbrief Nr. 1/ Februar 1995“ deckt die Widersprüchlichkeiten auf, mit denen die „offizielle Kirche“ auch treue Mitglieder (mit dem Wunsch nach „Bindung“) wie mich immer weiter an den Rand (= in den Austritt) drängt: die „Verkündung der frohen Botschaft“, das Seelensorgende Element tritt zurück gegenüber dem vermeintlichen „Anspruch“ der Kirche als „Partei“, wie dies Regionalbischof Bogdahn in der gleichen „Evangelischen Verantwortungs“-Ausgabe beklagt. Die zunehmend pointiert-(tages)politischen Stellungnahmen der Amtskirche spalten zwangsläufig die (ihr anvertrauten) Gemeinden in unser zum Glück (noch) nicht gleichgeschalteten Gesellschaft und führt sie in den Sog der allgemeinen Verdrossenheit über das Parteien-Establishment. Nicht am „religiösen Analphabetismus“ der Menschen leidet die Kirche, sondern daran, daß sie sich von ihr freiwillig aufgesuchten „Spannungsfeldern der Politik“ zerreibt... ■

Peter Weihnacht,
Oberstudienrat
Hauptstr. 92,
65812 Bad Soden

Betr.: Stellungnahme zu
Buß- und Bettag,
EV Dez 94/Jan 95, S. 13

Dr. Hans Ulrich Klose begründet die Zustimmung der CDU-Fraktion in NRW mit der Wichtigkeit des Gesetzes zur Pflegeversicherung, die appellarisch durch einen verallgemeinerten Erlebnisbezug

unterstreicht: „wer einmal mitbekommen hat ...“ Der dem folgende Teil, der die Gravität des staatlichen Eingriffs in die christliche Feiertagskultur angemessen beschreibt, läßt die Entscheidung im Rahmen dieses gekürzten Textes um so unplausibler erscheinen, als jegliche argumentative Verschränkung bzw. Abwägung mit der lediglich emotional vorgetragenen Begründung fehlt.

Der zweite Text von H. Nischik bietet für mich keine klare Stellungnahme. Zunächst argumentiert der Autor - für mich einleuchtend - gegen das Besitzstandsdenken, dann klagt er zu recht über die weit verbreitete Unbußfertigkeit, die einen solchen Tag so wichtig mache, aber welche konkrete Konsequenz soll daraus gezogen werden? Für mich ist das Verhalten der evangelischen CDU-Politiker oder ihre mangelnde Durchsetzungsfähigkeit in diesem Entscheidungsprozeß enttäuschend.

Dabei hat mir die Tatsache, daß der EAK durch seinen Bundesvorsitzenden im Kabinett vertreten ist, Hoffnung gemacht. Es ist schon schwer bis unerträglich, sich im Kirchenvorstand, Dekanatssynodalvorstand und in der Landessynode der EKH und ihrem Theologischen Ausschuß für die Beibehaltung des Buß- und Bettages stark zu machen und dann zu erleben, daß die Partei, um deren „C“ willen man sich in ihr engagiert, weder wertkonservative noch sozialetische Argumente gelten läßt und im Kompromiß mit anderen gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften) lediglich pragmatisch konfessionell unausgewogen gegen einen evangelischen Feiertag abstimmt. In Rheinland-Pfalz war der Bußtag übrigens der einzig allein evangelische Feiertag gegenüber

ber zwei allein katholischen, die erhalten blieben.

Eine christliche Sozialethik steht für eine gerechte Teilung der Lasten, dafür, daß die starken Schultern für die schwachen Lasten mit übernehmen. Sicher, verantwortungsethisch ist zu bedenken, daß durch die Erhöhung von Lohnnebenkosten nicht weitere Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben dürfen. Trotzdem bleibt ein schaler Geschmack, wenn im Unterschied zur Krankenversicherung hier der Sozialpakt dadurch aufgegeben wird, daß eine Gruppe in jedem Fall die ganze Zeche zahlen soll, sei es durch den gesamten Beitrag wie in Sachsen, sei es durch einen Feiertag.

Zahlreiche Äußerungen von Arbeitgeberseite und von Sozialversicherungsträgern lassen außerdem befürchten, daß weder die Feiertagsstreichung wirtschaftlich sauber kalkuliert ist noch die Finanzierung und Leistung der Pflegeversicherung insgesamt. Ich würde es daher begrüßen, wenn die Karten noch einmal gemischt werden und der Bußtag als ein ganz wichtiges Element evangelischer Feiertagskultur erhalten bleibt.

Eine solche Spannung wie anläßlich dieser Diskussion möchte ich möglichst nicht mehr aushalten müssen. Auch das Argument, die Evangelische Kirche habe den richtigen Zeitpunkt des Protestes verpaßt, kann ich aus meiner Kenntnis als Synodaler nur bedingt gelten lassen. Die Evangelische Kirche, das ist nicht die „EKD“, das sind auch alle evangelischen CDU-Mitglieder!

Ulrich Oelschläger
Schöffstr. 20
67547 Worms

Die fünf Säulen des Islam

Hannover. Auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU referierte der Beauftragte für die Seelsorge an Iranern in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover und Vorsitzender des Arbeitskreises Kirche-Islam über den Weg und Wesen des Islam.

In seinen Begrüßungsworten wies der Vorsitzende des EAK, **Helmut Leeke**, auf die zunehmende Bedeutung des Islam in der Welt hin, der zwar eine der jüngsten Weltreligionen sei, aber die Wachstumsmäßig dynamischste, die inzwischen an Zahl das Christentum übertroffen und besonders in den Ländern der Dritten Welt enormen Zulauf haben.

Pastor **Winfried Kahla** hob anfangs seiner Ausführungen hervor, daß die Zahl der Muslime in Deutschland nicht genau feststehe, man aber von ca. drei Millionen ausgehen könne, wobei die Zahl am Wachsen sei, so daß man auch im europäischen Rahmen an der Realität des Islam nicht mehr vorbeikomme. Islam bedeute zunächst Licht, Erleuchtung, Hingabe:

„Der Islam ist keine Privatreligion, sondern ein System, das das Leben bestimmt“, führte Pastor Kahla aus, was auch bedeute, daß die islamische Lehre in der Politik umgesetzt werden müsse, denn die islamische Gemeinschaft sei eine Staats- und Religionsgemeinschaft.

Sonntagsarbeit - Sonntagsruhe

Herford. Um diese Problematik ging es bei einer Gesprächsrunde, zu der der Evangelische Arbeitskreis der CDU mit seiner Vorsitzenden **Helge Schilling** und die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) eingeladen hatten. Drei Referenten - Pfarrer **Dr. Otto, Dieter Ernstmeier** (Arbeitgeber), MdL **Heinrich Dreyer** (CDA) - stellten in kurzen Einleitungsreferaten ihre jeweilige Position heraus.

Tagung des EAK- Sachsen-Anhalt in Halle

Halle. - In einer Veranstaltung des EAK Sachsen-Anhalt in Halle wurde ein ehrlicher Dialog zwischen der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und des EAK geführt. Das Thema „Siebenmal gewählt und was nun? - Wünsche der Evangelischen Kirche an die Partei der CDU. Wünsche evangelischer Christen in der CDU an ihre Kirche,“ führte in das Zentrum gegenseitigen Anfragens.

Propst Treu, Wittenberg-Lutherstadt, erinnerte an Erfahrungen, die er im Umgang mit der CDU vor und nach 1989 gemacht hat. Versuche der Einflußnahme der Ost-CDU auf kirchenleitende Entscheidungen waren für ihn prägend und bedürfen in einzelnen Repräsentanten bis heute einer Aufarbeitung. Er sei sich aber durchaus bewußt, daß die Ost-CDU auch Freiräume für Christen am Arbeitsplatz

eröffnet habe. Dieser differenzierende Rückblick zwingt zur Einschätzung, daß „die Kirche auch CDU-Mitgliedern etwas schuldig geblieben“ sei. Nach der Wende schmerze ihn die „linkslastige Einschätzung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen durch das Konrad-Adenauer-Haus“.

Er wünsche sich, daß das „C“ schon einmal im Namen der CDU stehe, eine daraus deutlich erwachsene Verpflichtung, die sich insbesondere äußere

- in einem offenen Führungstitel, der auch die „Tapferkeit von dem Freund“ kenne
- in einem Verzicht auf Diffamierung bei politischen Auseinandersetzungen
- in einem deutlichen Zugehen auf die brennenden Fragen in Deutschland wie z.B. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Einforderung der Sozialverpflichtetheit des Eigentums.

Der Hauptwunsch an sich selbst sei, daß die Evangelische Kirche der CDU und ihren Gliederungen mit Unvoreingenommenheit begegnen möge. Die CDU-Mitglieder sollen in der Evangelischen Kirche ihre Heimat finden.

Ministerpräsident a. D. **Dr. Bergner** forderte ein vorurteilsfreies Nachdenken der Evangelischen Kirche über sich selbst. Aus der Opposition heraus könne er diese Beschwerden auch deutlicher vorbringen, da sie weniger mißverstanden werden können, als zu seiner Regierungszeit.

Er vermisse eine Unvoreingenommenheit der Evangelischen Kirche gegenüber von der CDU vorgetragenen poli-

tischen Haltungen. Viele kirchenleitende Vertreter scheinen der CDU den Eintritt für einen schnellen DDR-Beitritt zur Bundesrepublik übel zu nehmen. Durch den Wahlsieg der CDU im Jahr 1990 scheine sich die Kirche um ihr politisches Konzept geprellt zu sehen, was sich heute u.a. in ihrem besonderen Verhältnis zur SPD und Bündnis 90/Die Grünen ja auch in einem „distanzierten Wohlwollen“ zur PDS darstelle.

In der Diskussion wurde u.a. von der Evangelischen Kirche eingefordert, daß diese sich selbst als letzte große überparteiliche Klammer ernst nehme und allen evangelischen Christen eine tatsächliche Heimat biete. Dazu gehöre aber auch, daß die Kirche, wenn sie sich politisch äußere,

- die politischen Ziele der SED-Nachfolgepartei PDS ernst nehme,
- sie die Wählertäuschung durch den jetzigen Ministerpräsidenten Dr. Höppner beim Namen nenne.

Vortrag und Aussprache zeigten, daß Evangelische Kirche und CDU ihren Dialog vertiefen müssen. Sie sind in einem weitgehend atheistisch geprägten Land an die selben Menschen gewiesen. Da gilt es mehr als bisher, Beschwerden auszuräumen, Felder gemeinsamen Wirkens zu entwickeln und zum Wohle und zum Heil der Menschen zu handeln.

Der Gewalt die rote Karte zeigen

Wiesbaden. Erfreulich viele Zuhörer aller Altersstufen hatten sich für diese Aufforderung entschieden. Dafür

Hauptversammlung des EAK-Landesverbandes Berlin-Brandenburg mit Vorstandswahlen

Montag, 29. Mai 1995, 19 Uhr
Berliner (Rotes) Rathaus

„Das Spannungsfeld zwischen Kirche und Politik in Deutschland nach dem Untergang der DDR“

Gespräch mit einem Vertreter der Kirchenleitung

Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen!

Weitere Informationen bei: Stefan Dachselt,
Tel.: 030/281 2002 (p.) oder 030/2 89 42 50

wurde ihnen vom Arbeitskreis Kirchen etwas besonderes geboten: **Dr. Maria Böhrner**, MdB, Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Frauenpolitik, und **Eberhard Günther**, Leiter der Erziehungsberatungsstelle des Nachbarschaftshauses in Biebrich, referierten über „Gewalt auf dem Bildschirm - Gewalt im Alltag - versagt die Erziehung?“

bestehen, auf juristischem Wege eine Lösung zu finden, dann gewähren Gemeinden als letzten Ausweg, als ultima ratio, Kirchenasyl“, so Gutheil. Für die Gemeinden stünden die Flüchtlinge im Vordergrund und deren Schicksal. Einen Konflikt mit dem Staat oder mit der Polizei müsse es nicht geben. Die besten Kirchenasyle sind die zu denen es erst gar nicht kommt.

EAK-Kreisverband Kleve: Schumann bestätigt

Kleve. - „Kirchenasyl - Konkurrenz oder Hilfe für den Staat?“ Unter diesem Leitwort stand der Besinnungstag des Evangelischen Arbeitskreises. Als Referent referierte Landeskirchenrat **E.J. Gutheil**, Düsseldorf, ein exzellenter Kenner der Materie. „Wenn Menschen an Leib und Leben bedroht sind und keine Möglichkeiten mehr

Die sich anschließende lebhafte Aussprache stand unter der Leitung des CDU-Kreisparteivorsitzenden **Ronald Pofalla**. Er leitete auch die sich anschließende Vorstandswahl des EAK-Kreisverband Kleve. Ergebnis: Pfarrer **Ernst Otto Schumann**, Geldern, wurde als Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. Zu Stellvertretern wurden gewählt: **Dirk Züter**, Emmerich, **Peter Hohl**, Kevelaer, zu Beisitzern: **Eva Kötz**, Kleve, **Horst Jemin**, Bedburg-Hau und **Friedhelm Mühlenhoff**, Kalkar.

Handlungsbedarf gegen Demokratiedefizit

Oldenburg. - „Deutschland und Europa - Europa und Deutschland“ war das Thema eines Vortrages, mit dem der Verfassungsrichter **Dr. Hans H. Klein**, Professor des öffentlichen Rechts in Göttingen, vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Oldenburg eine Standortbestimmung des wiedervereinigten Deutschland in Eurovornahm.

Dem verbreiteten Unbehagen über Europa und dem Gefühl der Skepsis, welches durch das sicherheitspolitische Versagen gegenüber dem Krieg in Bosnien neue Nahrung erhält, setzte Klein die Notwendigkeit eines Miteinanders und Füreinander entgegen, welches in einem dynamischen europäischen Prozeß zum Ausdruck kommt. „80% der Regelungen des Wirtschaftsrechts beruhen auf dem Anwendungsvorrang des europäischen Rechts, 50% der deutschen Gesetze sind durch Europa veranlaßt“.

„Der Christ hat mitzuarbeiten“

Nagold. Auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises fand ein Vortrag des Vorsitzenden des württembergischen EAK, **Uwe Wienholz**, statt. Zu dem Thema „Ist wählen im demokratischen Staat Christenpflicht?“ gab Uwe Wienholz einen weiten

und interessanten Rundblick über das vielschichtige Thema des Verhältnisses des Christen zum Staat. ■

Wie soll unser Kindergarten sein?

Aystetten. „Unser Kindergarten - wie soll er sein?“ darüber diskutierten im Evang. Arbeitskreis der CSU Augsburg-Land und Stadt in Aystetten ein Podium mit dem Landtagsabgeordneten **Max Strehle**, der Kindergartenleiterin **Ursula Viehl**, **Gabriele Röttger** und **Elsbeth Berndorfer-Michl** für die Kindergarteneltern, der neue Bürgermeister **Max Rindle**, **Klaus Dieter Apitsch**, **Dr. Herbert Günther**, **Ekkehard Büscher** als Elternbeirat und 50 Hörer. ■

„Kirchenasyl“ in der Kritik

Nürnberg. „Kirchenasyl - Provokation oder Notwendigkeit?“ Diese kontroverse Frage diskutierte der Evangelische Arbeitskreis der CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach in einer vielbeachteten Veranstaltung unter der Leitung des EAK-Vorsitzenden **Harald Häßler** zusammen mit dem Bayerischen Innenminister, **Dr. Günther Beckstein**, und dem Nürnberger Prodekan **Gerhard Althaus**. Beckstein verteidigte während der teilweise hitzigen Diskussion energisch die Abschiebepolitik der Bayerischen Staatsregierung. Bei keinem der rund 600 im vergangenen Jahr aus Bayern abgeschobenen Kurden sei es zu Mißhandlungen nach deren



„Kirchenasyl“ – Prodekan Althaus, EAK-Bezirkschef Häßler und Innenminister Beckstein diskutieren das Problem. (v.l.n.r.)

Rückkehr in die Türkei gekommen. Eine „christliche Beistandspflicht“ für rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, lehnte der Minister erneut ab. Es gehöre zu den Grundprinzipien des Rechtsstaates, daß die „nach Recht, Gesetz und Gewissen“ getroffenen Entscheidungen zwar kritisiert werden könnten, dennoch müßten sie hingenommen werden. ■

ster **Jochen Borchert**, der sich zu einem Informationsbesuch im Kreis aufgehalten hatte, nutzte die Gelegenheit, als Bundesvorsitzender des Arbeitskreises an der Versammlung teilzunehmen. ■

Sinn und Wesen der Evangelischen Militärseelsorge

Naumburg. Zu einem Gesprächsabend über Sinn und Wesen der evangelischen Militärseelsorge trafen sich am Montagabend Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Kreisverbandes Burgenlandkreis. Das Thema Militärseelsorge ist seit einiger Zeit in Politik, Medien und in den Kirchen heftig umstritten. Da die Debatte oft von Vorurteilen, Unwissenheit und Emotionen geprägt ist, hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU zwei direkt „Betroffene“ zum Gespräch geladen. Referenten waren der Militärpfarrer **Klaus Bieber** aus Rothenburg/Wümme und der in Weißenfels wirkende Soldatenseelsorger **Rolf Steinhäuser**. Beide berichteten über ihre Aufgaben, Erfahrungen und Möglichkeiten bei der Bundeswehr. ■

EAK im Märkisch-Oderland-Kreis gegründet

Neuenhagen. Professor **Wolfgang Merbach** aus Strausberg ist der erste Vorsitzende des neu gegründeten Evangelischen Arbeitskreises der CDU Märkisch-Oderland. Als Schriftführerin steht ihm für das erste Jahr **Helga Lampert** aus Leuenberg zur Seite. Anlässlich der Gründungsversammlung des Arbeitskreises hatte CDU-Kreischef und Bundestagsabgeordneter **Rainer Eppelmann** die beiden für das Amt vorgeschlagen. Die sieben Mitglieder, die den Arbeitskreis in Neuenhagen gründeten, stimmten dem Vorschlag zu. Zur Neuenhagener Gründungsversammlung des Kreisverbandes hatte sich hoher Besuch angesagt. Bundes-Landwirtschaftsmini-

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Bortchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-305/6 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten - Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

Zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren

... Im Abstand von fünf Jahrzehnten zeigt das Jahr 1945 ein Bild, das sich jeder einfachen Deutung und Bewertung entzieht. Die Niederlage im Krieg und die bedingungslose Kapitulation brachten die Befreiung von einem verbrecherischen Regime, dessen Gewaltherrschaft sich auch gegen die eigene Bevölkerung gerichtet hatte. Die Hoffnung auf eine neue Friedensordnung und ein Zusammenleben der Völker in Gerechtigkeit und Freiheit wurde durch die Spaltung Deutschlands und den Kalten Krieg sehr bald bitter enttäuscht. Für die Generationen, die all dies persönlich erlebt haben, bringt der Rückblick auf das Jahr 1945 Schmerz und Leid, aber auch Versagen und Schuld ins Bewußtsein. Die Nachgeborenen müssen wissen, daß es auch ihre Ge-

schichte ist, der sie sich nicht entziehen können und die ihnen eine besondere Verantwortung auferlegt. Die Auseinandersetzung mit diesen historischen Gegebenheiten und mit den Konsequenzen, die sich hieraus ergaben, ist nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im geteilten Deutschland sehr unterschiedlich verlaufen. Seit der deutschen Einigung im Jahr 1990 ist die Besinnung auf diese dunkle Periode der deutschen Geschichte zu einer gemeinsamen Aufgabe aller Deutschen geworden, deren Erfüllung das innere Zusammenwachsen fördern und stärken wird. ...

Ein ernsthafter Umgang mit der Frage nach Schuld und Verantwortung verbietet leichtfertige Urteile aus der zeitlichen und persönlichen Distanz.

Mit Recht ist die Zuweisung kollektiver Schuld an das ganze deutsche Volk schon von unseren Vorgängern kritisiert und zurückgewiesen worden. Denn Schuld geht aus persönlicher Entscheidung und Handlung hervor und muß persönlich verantwortet werden. Ebenso entschieden ist aber auch der Versuch zurückzuweisen, alle Schuld der nationalsozialistischen Zeit allein bei Adolf Hitler und den nationalsozialistischen Entscheidungsträgern zu sehen. Deren unbezweifelbare Täterschaft kann die Mitverantwortung und Mitschuld der vielen, die das System mitgetragen oder toleriert haben, nicht verdecken. Es ist weder angebracht, stellvertretend für sie ein Schuldbekenntnis abzulegen, noch ist es an uns, das Maß ihrer Schuld zu bemessen. Gott selbst kennt es; er allein schafft letzte Gerechtigkeit und schenkt wahre Vergebung. ... ■

„Wort der deutschen Bischöfe...“

Anm.:

Der vollständige Text ist erhältlich bei der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn

Unsere Autoren:

Bundesminister
Volker Rühe, MdB
Hardthöhe
53123 Bonn

Dieter Hackler
Rochusstr. 8-10
53123 Bonn

Prof. em.
Dr. Christian Walther
Herkenkrug 35
22359 Hamburg

Pfarrer
Wilhelm Drühe
Postfach 100543
40805 Mettmann

Wolfgang Beuß
Hansastr. 45
20144 Hamburg